

## Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Haupt- und Beteiligungsausschuss</b>	26.11.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Bericht des Gemeindeprüfungsamtes zum Bereich Sicherheit und Ordnung - Teilbericht zu den Aufgaben des Ordnungsamtes**

**Betroffene Produktgruppe**

11.02.02 (Gewerbewesen), 11.02.08 (Fahr- und Beförderungserlaubnisse), 11.02.09 (Kfz-Angelegenheiten)

**Sachverhalt:**

#### **Vorbemerkung**

Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat im Bereich Sicherheit und Ordnung mit Blick auf Rechtmäßigkeit, Sachgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft und auf Steuerungs- und Optimierungspotenziale hingewiesen.

Mit den Produktbereichen Kfz –Zulassung, Führerscheinwesen und Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten spricht die GPA Aufgabenbereiche des Ordnungsamtes der Stadt Bielefeld an.

Fachanwendungen werden auf technische Möglichkeiten geprüft, eine möglichst umfangreiche elektronische Bearbeitung zu ermöglichen.

#### **Kfz-Zulassung**

Gemessen am Benchmark ergab sich für das Vergleichsjahr 2011 ein rechnerisches Einsparpotenzial von 2,1 Vollzeit-Stellen und für 2012 von 0,8 Vollzeit-Stellen. 2013 sank die Personalausstattung weiter.

Lange Wartezeiten, wie sie in der Vergangenheit oft beklagt wurden, erforderten eine konzeptionelle Neuausrichtung. Im Jahr 2013 erfolgte eine Organisationsuntersuchung der Kfz-Zulassung. Hauptziel der Optimierungsüberlegungen war die wirtschaftliche und effiziente Aufgabenerledigung sowie eine nachhaltige Verkürzung der Wartezeiten in der KFZ-Zulassungsstelle.

Seit 2014 hat die Kraftfahrzeugzulassungsbehörde auf Terminvereinbarung zur Erledigung der Zulassungsangelegenheiten umgestellt. Die durchschnittlichen Wartezeiten in der Kfz-Zulassungsstelle wurden durch die Terminvereinbarung deutlich reduziert, von 51 Minuten in 2011 auf durchschnittlich 13 Minuten in 2014.

Der an mehreren Stellen angesprochene flexible Personaleinsatz zwischen Kfz-Zulassung und Führerscheinstelle wird genutzt, um Arbeitsspitzen, die in diesen Bereichen von stark schwankenden Antragszahlen verursacht werden, aufzufangen.

Die Verwaltung wird die Organisationsänderungen evaluieren. Zudem ist ein Softwarewechsel für das erste Quartal 2016 vorgesehen. Die sich daraus ergebenden und von der GPA aufgezeigten Optimierungsmöglichkeiten werden sukzessive angegangen.

Eine räumliche Zusammenlegung der Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde war noch nicht realisierbar, weil geeignete Immobilien bisher nicht zur Verfügung standen.

### **Führerscheinwesen**

Für die Fahrerlaubnisbehörde bewertet die GPA den Personalaufwandsdeckungsgrad als durchschnittlich. Mit 109 % liegt er leicht über dem Mittelwert von 104 %. Der Personalanteil sei im Bereich der Überwachung der Kraftfahreignung leicht unter und im Bereich der Erteilungen leicht über dem Mittelwert.

Die Fallzahlen je Vollzeitstelle im Führerscheinwesen stiegen in Bielefeld von 2011 bis 2014 deutlich. Die Leistungswerte sind aktuell nochmals deutlich höher.

Die GPA empfiehlt zu prüfen, ob und wie Doppelarbeiten für Ersatzführerscheine durch Nacharbeiten der Führerscheinstelle vermieden bzw. vereinfacht werden können. Die Verwaltung geht davon aus, dass in der Regel Ausweisdokumente zusammen aufbewahrt werden und dann ggf. mehrere Dokumente gleichzeitig verloren gehen. Den Kundinnen und Kunden soll zur Vermeidung von zusätzlichen Wegen weiterhin die gemeinsame Beantragung in der Bürgerberatung ermöglicht werden. Die Unterlagen werden in der Folge zwischen der Bürgerberatung und dem Ordnungsamt ausgetauscht und die Ersatzdokumente regelmäßig von der Bürgerberatung zeitgleich mit anderen Ersatzdokumenten ausgehändigt.

### **Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten**

Im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten weist lt. GPA der Bereich Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten in Bielefeld einen höheren Personaleinsatz aus. Die Leistungswerte ergäben sich auch aus der Organisationsstruktur und den Aufgabenstandards.

Die GPA empfiehlt eine stärker fallbezogene Ausrichtung des Personaleinsatzes und erläutert die vielschichtige Aufgabenstruktur der Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten.

Explizit wird am Beispiel der Bekämpfung der Schwarzarbeit aufgezeigt, dass ein Anhaltspunkt für die Intensität der Überwachung bzw. das Gefährdungspotential die Anzahl der Verstöße und die damit verbundenen Erträge sein könne. Bielefeld habe höhere Erträge bei den Bußgeldern und Zwangsgeldern eingenommen als der Durchschnitt.

Das zuständige Ministerium hat seit April 2015 Richtlinien für die Bekämpfung der Schwarzarbeit für die kommunale Ebene herausgegeben, in denen die Art und Weise, sowie Standards der Kontrollen festgelegt werden.

Die Intensität der Aufgabenwahrnehmung wird vor dem Hintergrund der HSK-Überlegungen noch geprüft.

Die GPA empfiehlt weiterhin eine Zentralisierung der Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten.

Hierdurch ergäben sich personelle Synergien. Auch würde die Gewährung einer einheitlichen Qualität gewährleistet.

Nach dem GPA-Bericht werden die Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten mit 5,28 Vollzeit-Stellen in den fünf Bezirksamtern wahrgenommen. Da diese Stellenzahl von der Verwaltung nicht nachvollzogen werden konnte – nach einer stadtinternen Aufstellung stehen den Bezirksamtern

dafür 3,6 Stellen zur Verfügung – wurde bei der GPA nachgefragt. Bei der Prüfung ihrer eigenen Unterlagen hat die GPA einen Übertragungsfehler in ihren Listen gefunden. Im Ergebnis stehen lt. GPA berichtigt 3,7 Stellen in den Bezirksamtern für diese Aufgaben zur Verfügung.

Unabhängig davon ist die Optimierung der Aufgabenwahrnehmung in den Bezirksamtern ein fortdauernder Prozess. Die Zentralisierung der Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten und sich hieraus ergebender Effekte sind bereits in der Vergangenheit mehrfach geprüft worden. Eine zentrale Aufgabenwahrnehmung hätte sicherlich den von der GPA benannten Vorteil, einen einheitlichen Bearbeitungsstandard zu gewährleisten.

Die Verwaltung ist jedoch der Auffassung, dass die Vorteile der dezentralen Aufgabenerledigung im Hinblick auf Bürgerorientierung und bezirksbezogene Besonderheiten die zuvor geschilderten Aspekte überkompensieren.

Die Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten sollen deshalb weiterhin dezentral bearbeitet werden. Der GPA-Empfehlung wird seitens der Verwaltung nicht gefolgt.

**Beigeordnete**

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

**Anja Ritschel**